

Siebenbürger Wochenblatt.

Mit allergnädigster Bewilligung.

No. 11

Kronstadt, 7. Februar

1848.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen.

Kronstadt, 4. Februar. Unsere Verbindungen mit dem oberen Theile der Monarchie haben zur großen Freude aller Fortschrittsmänner wieder eine größere Ausdehnung erhalten. So eben ist uns nachstehende Bekanntmachung zur Veröffentlichung zugestellt worden:

„Die hohe k. k. Oberste Hofpostverwaltung hat vermöge Dekret vom 8. Januar 3. 48/6 beschlossen, die zwischen Ofen und Hermannstadt bestehenden vierzehntägigen Postwagensfahrten bis zur bevorstehenden gänzlichen Umstellung derselben auf wöchentliche Fahrten zu vermehren; dießemnach wird der Postwagen von Ofen am 26. Januar angefangen jeden Mittwoch und von Hermannstadt dahin jeden Freitag vom 4. Februar angefangen, abgefertigt werden; welches dem hiesigen Publikum mit dem Beifügen bekannt gegeben wird, seine Fracht- und Geldsendungen jeden Dienstag bei dem k. k. Fahrpostamt abzugeben.“

Ungarn.

Während den Debatten über die weitere Verhandlung des Heimathrechtes bemerkt der Deputirte Szemere vom Borsoder Comitatus über die Einwanderung und Niederlassung. Die Niederlassung ganzer Gemeinden sei vom nationalen Standpunkte aus bedenklich, da diese sich sehr schwer mit der Nation assimiliren. Einen Beweis dessen liefern die Sachsen in Siebenbürgen deren neuestes Verhalten ganz geeignet ist, die bekannte Gaifreundschaft und Sympathie der Ungarn für die Ausländer zu ersticken. Diesen Punkt ausführlicher erörternd geht er dann auf Deutschlands Auswanderungsvereine über, und empfiehlt deren Programm der Aufmerksamkeit der Stände. Die zur Niederlassung geeigneten Punkte in Europa suchend, bemerken diese daselbst in Rußland müsse man die Absorbirung der Deutschen vom slavischen Elemente besorgen, ein gleiches Verhältniß drohe den Auswanderern in Griechenland; in den Donaufürstenthümern sei der Bestand nicht gesichert, in

Galizien das Verhältniß der Grundholden nicht geregelt; einzig Ungarn sei das passende, brauchbare Asyl. Hier, so sagen die Programme, könne die deutsche Nationalität sich erhalten, da man auf die Regierung des österreichischen Kaiserstaates seine Hoffnung setzen könne, wie auch auf die Magnaten und großen Grundbesitzer. Weil nun, folgert der Redner, die Deutschen hier in Ungarn Hoffnungen für ihre Nationalität hegen, so ist es eben Ungarns Pflicht, im Interesse seiner eigenen Nationalität diese Hoffnungen zu nichte zu machen. Aus Ursache dessen beantragt der Redner ein strenges Colonisationsgesetz, das zwar einzelne Niederlassungen gestattet, aber die Einwanderung haufenweise verbietet. Er liest dießfalls auch einen Gesetzentwurf vor. Rakovsky, Biró, Bidos, Pázmány unterstützen eifrig den Vorschlag. Szentkirályi die Niederlassung von der Colonisation unterscheidend, will letztere geradezu verbieten. Bei dem Umstand wo Ungarns obere Comitatus an Uebervölkerung leiden, bedarf Ungarn der fremden Einwanderer in Form einer Colonisation ganz und gar nicht. G. Szentiványi spricht gegen die Verbreitung des deutschen Elementes in Ungarn und Szemere empfiehlt Arvaer zur Bevölkerung der untern Donaugegenden, wo gegen Just nur in Anbetracht des fundus contributionalis einiges Bedenken erhebt, da bekanntlich einmal verlassene Sessionen sehr schwer wieder zu bevölkern sind und hierdurch in Betreff der Steuer Schwierigkeiten entstehen könnten. Im Uebrigen wird Szemere's Motion ohne alle Einrede angenommen und die Abfassung des Gesetzentwurfs dem Notar überlassen.

Warme Aufmerksamkeit fand der Antrag des Thurozger Deputirten Just in der Sitzung vom 11. Januar, welche den allgemeinen Volksnothstand zum Zwecke hatte. Der Redner beantragt erstens eine Repräsentation, worin die Reichsstände erklären, daß, inwiefern die Regierung bei Ergreifung zweckdienlicher Maßregeln zur Abwehr der Noth der Beiwirkung des Landtages bedarf, derselbe hiezu ganz befreit sei, und sodann Ernennung eines Ausschusses, der zur, wenn nicht vollständigen Beseitigung, so mindestens Linderung des Nothstandes geeignete Mittel vorschlage. Diese menschenfreundliche Angelegenheit wird von allen Rednern auf das wärmste unterstützt. Kossuth, der gleichfalls dafür stimmt, kommt auf den Nothstand des letzt verfloßenen Winters zu

sprechen, und nennt die diesfalls ergriffenen Maßregeln der Regierung unzulänglich, denn sie seien in keinem Verhältnisse gewesen mit der Größe der Noth, noch dem Finanzzetat Ungarns. Ferner sei insbesondere das Ausfuhrverbot des Getreides zu spät gekommen. Auch soll nicht zu gegeben werden, daß in solchen Zeiten, wie der Administrator des Arvaer Comitats es gethan, trotz des bestehenden Verbotes Branntwein aus Korn gebrannt werde. Kubicza von Trencsin unterstützt den Antrag um so mehr, weil in den verfloßenen zwei Jahren in seinem Comitats 200,000 Menschen mit Noth und Elend gerungen. Ahtalos von Marmaros, Mariassy von Sáros, Károly von Neograd erkennen die Nothwendigkeit und Heilsamkeit der Motionen, und sucht jeder Redner durch Anführung von Beispielen aus seinem eigenen Comitats sie zu begründen. Szintay von Beregh, und noch mehr Konyay von Zemplin bedauern nur daß diese an sich so wichtige Frage heute nur so nebenbei mehr aus Zeitvertreib aufgetaucht. Wie Mariassy, Szintay sagten sind hier durchgreifende Maßregeln nöthig, darum bittet der Redner diesen Gegenstand eingens an die Tagesordnung zu setzen. Die Debatte nimmt nun eine andere Wendung, indem die folgenden Redner sich theils für theils gegen den Aufschub erklären. In letzterem Sinne spricht hauptsächlich der Antragsteller Just, der nicht einseht warum man die Adresse nicht sogleich beschließen, und auch den Ausschus aussenden könnte, da ja dessen Vorschlag ohnedies zur Berathung kommt. Ihn unterstützen Tarnoczky von Neutra, Szilágyi vom Großwardeiner Capitel, Schnee von Heves. Für den Aufschub sprechen noch Somisch von Baranya, Szabó von Eisenburg, Darvas von Göndör, Ambró von Bars, Jony von Zipsien Szurcsiny von Arva antwortet zum Theil auf Kossuth's Bemerkungen; aber Ambró, der zur Zeit der Noth als k. Commissär in Arva fungirte, nimmt den dortigen Administrator geradezu in Schutz, erklärend, es habe sich erwiesen, daß er nur aus ungenießbaren Erdäpfeln Branntwein bereitet, und daß die Bauern händeringend ihn gebeten er möge ihnen die Frucht abnehmen, die sonst zu nichts zu gebrauchen sei. Somisch drückte schon früher sein Bedauern aus, daß Pesth's Deputirter Kossuth selbst bei dieser Frage Parteistrebniße kundgegeben, und vertheidigt auch das Gouvernement, das, so lange der jetzige Verwaltungsorganismus in Ungarn besteht, so lange die Statthaltereie ihr auf das Gesetz von 1723 basirtes Collegialsystem beibehält, unmöglich schneller fürgehen könne. Rakovskly von Liptau sucht die Anklage der Parteistrebniße auf die Regierungspartei zu wälzen, was weder eine kurze Erwiderung von Somisch veranlaßt. Als Beschluß wird für jetzt die beantragte Repräsentation beschlossen, für die Zukunft aber wird man einen Circularausschus ernennen, der geeignete Mittel zur Abhilfe in Vorschlag bringe.

Kroatien.

Karlstadt, 19 Jänner. Heute früh schied von uns das 1. Sluiner Grenzbataillon, seinen Marsch nach

Italien — auf seine neue Bestimmung — antretend. Während war der Abschied dieser schönen Grenztruppen von ihrer theuren Heimath und ihren lieben Angehörigen, die den Scheidenden von ihren Häusern bis hierher gefolgt waren. Der Herr Oberst und Regimentscommandant Joseph Karpan entließ die Truppe mit einer eindringlichen Anrede, worin er ihr strenge Pflichterfüllung anempfahl, und die zurückbleibenden Angehörigen derselben zu schützen versprach. Mit einem donnernden „s Bogom“ setzte sich die Schaar mit frischem Muthe und sichtlich Entschlossenheit in Bewegung, während ihr Tausende von schweren Thränen nachströmten.

Ueber die Syrmier Generalcongregation theilt Pesth Hirlap einen ausführlichen Bericht in seinem Sinne mit, der von der Agramer „Kovine“ und der dortigen deutschen Zeitung commentirt wird. Aus dem Ganzen geht hervor, daß der Principienstreit in der Sprachfrage noch nicht beendet ist und daß die Kroaten und Slavonier größtentheils hartnäckig dafür kämpfen, daß die lateinische Sprache in ihren amtlichen Verhandlungen beseitigt und die Nationalsprache eingeführt werde. Die ungarisch gesinnten Kroaten und Slowaken haben in der Syrmier Comitatsversammlung hart gegen die Erhebung der Nationalsprache angekämpft, blieben aber in der Minderheit. Gleiches Schicksal hatte ein Antrag, demzufolge die Sprachangelegenheit dem Landtage zur Entscheidung vorgelegt werden sollte. Der Präses sprach Endlich den Beschluß dahin aus, daß die lateinische Sprache in so lange als Amtssprache beibehalten werden soll, bis die allerhöchste Sanction auf den Beschluß der Landescongregation erfolgt sei. Die beiden Agramer Zeitungen begrüßen die Syrmier als ergänzendes Glied jener festen Kette, die Slavonien inniger denn je mit Kroaten durch die Nationalsprache verbinden wird, und ermahnen sie an Eintracht, Muth und Ausdauer um den begonnenen Principienkampf durchzukämpfen. Pesth Hirlap dagegen schließt seinen Bericht, daß der Schutzgeist der Magyaren das theure Vaterland vor einer unglücklichen Zerstückelung bewahren möge!

Oesterreich.

Wien, 26. Jan. Gestern erfolgte die Bekanntmachung der neuen Censurordnung, welche mit dem 1. künftigen Monats ins Leben zu treten hat, und nach welcher, im Kurzen gesagt, von der ersten Instanz oder der Censur-Oberdirektion (womit zugleich das bisherige Bücherrevisionsamt verschmolzen ist) die Berührung in den dazu geeigneten Fällen an das oberste Censurcollegium stattfindet. Dieses letztere, aus höheren Beamten der k. k. politischen und Justizbehörden so wie der Staatskanzlei zusammengestellt, ist allem Erwarten nach geeignet für eine von nun an freiere Geistesentfaltung in Schrift und Wort die sicherste Garantie zu gewähren, so wie andererseits diese dem zeitgemäßen Fortschritt entsprechende Neuerung indem sie die vielen und mancherlei, der alten Gepflogenheit zur Last gelegten Beschwerden entfernt, den aufrichtigsten Dank der sämmtlichen

gebildeten Bewohner des Kaiserstaates in hohem Grade verdient. — Der Regierungsrath Dr. v. Fränzl, in Verwendung bei der k. k. Finanzstelle, ist mit einer besondern Mission nach St. Petersburg beauftragt worden, und bereits dahin auf der Reise. — Die in den nächsten Umgebungen Wiens während der letzten Wochen herrschende Typhusepidemie ist bereits wieder in erfreulicher Abnahme, und der Gesundheitszustand der Hauptstadt selbst im Ganzen befriedigend, wobei jedoch unverhohlen bleiben muß, daß der Nothstand vorzüglich in den entlegeneren Gründen der Vorstädte, trotz der nicht unbedeutlichen Spenden die auf dem Altare der Wohlthätigkeit und Nächstenliebe zusammenfließen, noch immer ein höchst betrübendes Bild darbietet. Knüpft man daran die nur zu sehr begründete Voraussicht einer über kurz oder lang erfolgenden Invasion der Cholera, so dürfte die in den jüngsten Blättern der Allg. Zeitung von einem Wiener Arzte ausgesprochene Aufseherung, daß das beste Mittel die Armen und Erwerbslosen gegen die Wuth dieser Seuche zu schützen in der Sorge für deren Lebensbedürfnisse und ärztliche Pflege bestehe, bei allen humanen Regierungen eine begründete Beherzigung finden. — Aus Mailand erfährt man nichts von neuen Auftritten, doch soll der Haß gegen die Deutschen noch im vollen Zuge sein, und sogar eine Verabredung vieler Hausbesitzer — wie glaubwürdig versichert wird — stattgefunden haben sämmtlichen Officieren so wie allen deutschen Bewohnern die Hausmiete zu kündigen, welcher boshaften Demonstration aber der energische Feldmarschall sehr erfolgreich zu begegnen wußte, mit der Erklärung in diesem Falle die Obdachlosen in den Kasernen unterzubringen und die Mannschaft in die Privathäuser einzuquartieren. Hier waltet vielseitig die Meinung der bejahrte Erzherzog Rainer sei, angewidert von dem undankbaren Benehmen der Mailänder, gesonnen seinen künftigen Aufenthalt in Wien zu nehmen, Andere glauben Graf Loreyani oder Graf Montecuculi werde zum Gouverneur ernannt werden; doch liegen alle diese drei Ereignisse bisher nur noch in dem Bereiche der Möglichkeiten. (Pest. Ztg.)

A u s l a n d.

Deutschland.

In dem Großherzogthum Baden ist in der Kammer der Abgeordneten die Einführung einer neuen Gewerbeordnung als eine Lebensfrage behandelt worden. Baden, behauptet der Deputirte Helmreich, ist keineswegs ein vorzugsweise ackerbauendes Land, sondern ebensowohl ein gewerbetreibendes. Zurückgehalten werden die Gewerbe in Deutschland durch die politischen Verhältnisse. Nur dann, wenn die kleinen Staaten Mitteleuropas eine großartige mercantile und politische Einheit bilden, wenn sie sich durch Unterscheidungszölle und verbesserten Zolltarif nationalökonomisch kräftigen, wenn sie sich stützend dadurch kräftigen, daß den großen geistigen Anforderungen der Gegenwart ihr Recht wird, dann werden Deutschlands Gewerbe blühen, dann wird der Ackerbau, der zur eigenen Blüthe eines kräf-

tig blühenden Gewerbes neben sich bedarf, seine rechte Frucht tragen. Mit der Bewahrung vor englischer Auslaugung, mit dem Gewinn der Unabhängigkeit vom Ausland wird der Grund zu einer großartigeren Organisation der heimischen Industrie gelegt werden. Aber auch nur der Grund. Vollendet wird die Organisation erst durch eine Gewerbeordnung, welche die Nachteile der Industrie (Verbrechen, Encstlichkeit, Proletariat, Communismus, Capitalienherrschaft, Gebrauch des Menschen als Maschine) beseitigt und die Gewerbe fördert. In ihr muß man die Schulbildung bis mindestens in das 16. oder 18. Jahr sich erstrecken lassen, die Fabriken von Seite der Moral überwachen, auch dem Aermern den zu tüchtigerem Gewerbetrieb nöthigen Erwerb theoretischer Kenntnisse möglich machen; muß man allgemeine Wechselfähigkeit und Pflanzigkeit einführen; muß man die Landesgesetze über literarisches Eigenthum auf Gewerbeserfindungen ausdehnen, und im Verein mit Sparcassen und Krankenhäusern, Handwerkerankern errichten. Da alles dies natürlich nicht gleich durchgeführt werden kann, so muß man einstweilen alle Zünfte und Jungungen aufheben und an deren Stelle Gewerbekammern, Gewerbräthe und Gewerbevereine treten lassen; die Gewerbekammern haben sich über die Angelegenheiten der Gewerbe zu berathen, Gutachten abzugeben u. c.; die Gewerbräthe haben die Gewerbetreibenden, die in die Gruppen (s. unten) eintreten wollen, zu prüfen: die Gewerbevereine verständigen sich über Einrichtung von Lesecabinetten, Sterb-, Kranken- und Wittwencassen, über die Regulirung der Gesellenlöhne u. d. die Formlichkeiten der Lehrlingsaufnahme u. c.; ferner muß man den Gewerbestand je nach den Stoffen die er verarbeitet, in Gruppen, die Gruppen wieder in Klassen abtheilen; der Eintritt in eine Gruppe ist nur denjenigen erlaubt, welcher zuvor eine Prüfung bei dem Gewerberathsmitglied der Gruppe bestanden hat; alle in Gruppen und Klassen nicht eingetheilten Gewerbe bedürfen zu ihrem Betriebe bloß der Erlaubniß des Gemeinderaths; Staatsconcessionen bedürfen nur diejenigen Gewerbe, welche einer staatspolizeilichen Aufsicht unterliegen müssen, als Apotheken, Wirtschaften, Pulvermühlen u. c.; zum Betrieb einer Fabrik gehört der Nachweis, daß man eine Gewerbs- oder polytechnische Schule besucht oder die Handlung erlernt hat. Diese Motion wurde vielfach unterstützt, einstimmig zur Berathung in die Abtheilungen verwiesen, und ihr Vorabdruck beschlossen. In den Debatten über sie meinte Mes: Man muß den Einzelnen verhindern in mehrere Gewerbe zu gleicher Zeit einzugreifen. Man muß den Einzelnen verhindern feinem Gewerbe eine allzugroße Ausdehnung zu geben.“ Mathy erwiederte darauf: „Es thue nicht noth das Zureichwerden der Leute durch Beschränkungen zu verhindern; eher sollte man ihnen die Verarmung wehren.“ — Der Regierung ist es recht, daß von der Kammer Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um das Gewerwesen nach dem Geist der Zeit zu ordnen.

Vom Rhein, 19. Jan. Wie ich Ihnen bereits vor längerer Zeit schrieb, daß Solches geschehen würde,

ist nunmehr dem deutschen Bunde abseiten der beiden deutschen Großmächte die Vorlage gemacht worden, daß derselbe sich bereit halten müsse zu nachdrücklichen Schritten gegen die schweizerische Eidgenossenschaft, gegenüber der Haltung, die die letztere dadurch gegen die angrenzenden Staaten und Deutschland annähme, daß sie sich zum Terrän revolutionär-propagandistischer Umtriebe hergebe und somit die Ruhe und den Frieden des Nachbarlandes bedrohe; auch in ihren innern Verhältnissen in einer Weise verfare, daß die ihr gewährte Neutralität formell wie materiell verletzt erscheine. Die Bundesversammlung soll sich einstimmig dieser von den beiden Großmächten dargelegten Ansicht anschließen haben. — Es verbreitet sich das Gerücht die Presse in Baden sei von einem ernsten Schlage bedroht; nicht nur dem „Deutschen Zuschauer“ und der „Mannheimer Abendzeitung“, sondern auch der Heidelberger „Deutschen Zeitung“ stehe ein allgemeiner Verbot in allen deutschen Bundesstaaten bevor.

Italien.

Die Gazette die Milano vom 20. Januar enthält folgende Nachrichten: „Briefe aus Neapel melden, daß am 12. in Palermo ein Aufstand ausgebrochen ist. Die Auführer rotteten sich auf vier Hauptpunten der Stadt zusammen; die zur Zerstreung derselben sogleich herbeigeeilten königlichen Truppen mußten von den Waffen Gebrauch machen, wobei eine bedeutende Anzahl von Rebellen (man spricht von mehr als 50) theils verwundet, theils getödtet worden sind. — Als diese Nachrichten am 13. Januar nach Neapel gelangten, ließ der König noch in derselben Nacht ein Dampfschiff nach Palermo abgehen, um den dortigen königlichen Statthalter in Kenntniß zu setzen, daß die unter seinen Befehlen stehenden Truppen unverzüglich Verstärkungen erhalten würden.

(Kronstadt, 6. Febr.) Die Wiener Post, welche schon vor zwei Tagen hier hätte eintreffen sollen, ist erst heute Morgen ausgegeben worden. Wir können nur in aller Eile von den neuesten Nachrichten einen kurzen Auszug machen. — In Messina ist es am 6. Jan. zu blutigen Austritten gekommen. An einem Kaufladen lockte ein Bild mit anzüglichen Aufschriften die Polizei herbei. Es wurden ein paar beim Volke beliebte Bürger verhaftet, was zu einem Volksauflauf und zu großer Aufregung führte, so daß endlich das Militär mit gefälltem Bajonnett und Kanonen im Sturmschritt heranrückte. Man verlangte die Freilassung der Verhafteten und zwang ruhige Bürger zu Civiva für Pius IX. In einen Haufen, wo sich ein Bürger gegen solche Zumuthungen tapfer vertheidigte, wurde geschossen und das Verhängniß wollte, daß der Unschuldige getroffen und zu Boden sank. — Diese Unruhestörungen in Messina sind nur das Vorspiel einer förmlich vorbereiteten Revolution in Palermo gewesen. Schon früher hatte sich das Gerücht verbreitet, daß es daselbst am Geburtstag des Königs — am 12. Jan. — losgehen sollte und wirklich brach auch der Aufstand am selben

Tage aus. Die Auführer rotteten sich auf vier Hauptpunkten der Stadt zusammen; die zur Zerstreung derselben sogleich herbeigeeilten königlichen Truppen mußten von den Waffen Gebrauch machen, wobei eine bedeutende Anzahl Rebellen (man spricht von mehr als 50) gefallen ist. Aus Neapel sind sobald die Nachricht eingelaufen war, sogleich in Folge eines Befehls des Königs auf sieben Dampfschiffen zehn Bataillone Infanterie und eine Batterie Geschütz (zusammen über 6000 Mann) eingeschifft worden, um die Ruhe mit Gewalt herzustellen. — Das Gewirr in Palermo muß heillos gewesen sein, denn Leute zu Pferde sind in den Straßen herumgesprengt, welche ausriefen, daß mit Bewilligung der päpstlichen Regierung 40,000 Oesterreicher in Anmarsch seien. Auch das Landvolk soll in die Stadt schaarenweise gelaufen sein. — Die Truppen heißt es hätten müssen die Stadt verlassen, denn aus den Fenstern der Häuser habe man kochendes Wasser und Wurfgeschosse aller Art auf die Köpfe der Soldaten geschleudert. Die Befangenen sollen befreit und Forts und Artillerie in die Hände der Rebellen gefallen sein. — Aus dem österreichischen Theile von Italien sind keine beunruhigende Berichte in den Zeitungen mitgetheilt und die Aufregung scheint demnach zu erlöschen. Aus Danemark wird der Tod König Christians VIII. gemeldet. Seine Majestät, dessen Name in Deutschland wegen Schleswig-Holstein in letzterer Zeit viel genannt wurde, segnete das Zeitliche am 19. Januar in seinem 62. Lebensjahre; ihm folgt sein Sohn Friedrich, welcher den 8. Okt. d. J. sein 40. Lebensjahr antritt.

Einladung.

Zu der, eingetretener Hindernisse wegen nicht im Monate Januar, sondern erst am 8. Februar l. J. als an einem Dienstag, Nachmittag Punkt 3 Uhr im Magistratual Sitzungssaale zu gehenden Rechenschafts-Ablegung über die Verwaltung des Fonds der Kronstädter allgemeinen Pensionsanstalt und über deren derzeitigen Stand und Verhältnisse, werden alle pl. l. Herren Ausschußmitglieder hiermit eingeladen.

Nach Vorschrift des 21. §. der Statuten der Pensionsanstalt haben zwar nur jene Personen männlichen Geschlechts Sig und Stimme im Ausschusse, welche großjährig sind und welche sich mit wenigstens 10 partiellen oder einer vollen Beitrittserklärung, oder Pensionsversicherung auf ihre eigene Person lautend, ausweisen können. Nichts destoweniger ist Jedermann, auch wer nicht zum Ausschusse gehört, ja auch der, der Anstalt nicht beigetreten, welcher sich vom Weisen, von der Verwaltung, und dem Fortschritte dieses Pensions-Instituts die nähere Ueberzeugung verschaffen will, als passiver Theilnehmer an den Verhandlungen gern gesehen.

Kronstadt, den 11. Januar 1848.

Die Direction der Kronstädter allgem. Pensionsanstalt.